

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 9. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises**  
**in der 11. Wahlperiode 2019/2024**  
in Form einer Videokonferenz  
am Donnerstag, 25.03.2021, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Julia Mayer

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

**I. Eröffnung und Begrüßung:**

Landrat Rainer Guth eröffnet die 9. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

**II. Tagesordnung:**

**A) Öffentlicher Teil**

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung vom 08.12.2020
3. Information über Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Landrates und dadurch erzielte Vergütungen
4. Digitalpakt Schulen;  
Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Donnersbergkreis, Kaiserslautern und Kusel zur Zusammenarbeit im Bereich der Schul-IT
5. Regionalentwicklung Alte Welt – Gründung eines Verein
6. Kosten für die Errichtung und den Betrieb des Impfzentrums (IZ) Rheinland-Pfalz – Donnersbergkreis
7. Antrag der SPD-Fraktion: Impfstrategie Donnersbergkreis
8. Antrag der SPD-Fraktion: Umsetzung des Kita-Zukunftsgesetzes

9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stärkung der Elektromobilität im Donnersbergkreis
10. Mitteilungen und Anfragen

Landrat Rainer Guth verpflichtet vor Eintritt in die Tagesordnung die Kreistagsmitglieder Hans Kellermann (AfD) und Tobias Adam (AfD) im Namen des Donnersbergkreises auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Ergebnis der 9. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am 25.03.2021 als Videokonferenz

---

## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

### I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Ergebnis der 9. Sitzung des Kreistages des Donnersbergrkreises am 25.03.2021 als Videokonferenz

---

## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:                      Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Kreistages am 08.12.2020

### I. Sachverhalt:

Es werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

### II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergrkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 8. Sitzung vom 08.12.2020.

-----

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Information über Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Landrates und dadurch erzielte Vergütungen

### I. Sachverhalt:

„Gemäß § 119 Abs. 3 Landesbeamtengesetz haben Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit bis zum 01. April eines jeden Kalenderjahres in einer öffentlichen Sitzung der Vertretungskörperschaft über Art und Umfang ihrer innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter sowie über die Höhe der dadurch erzielten Vergütungen im vergangenen Kalenderjahr zu unterrichten. Für außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübte Nebentätigkeiten und Ehrenämter gilt dies nur, wenn ein Bezug zum Hauptamt besteht. In Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung werden die Tätigkeiten/Ehrenämter sowie die bis zur Erstellung dieser Vorlage für das Jahr 2020 gezahlten Vergütungen/Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

<b>Tätigkeit</b>	<b>Einordnung</b>	<b>Vergütung im Kalenderjahr 2020</b>
Stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Donnersbergkreis	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	Keine Vergütung
Vorsitzender des Donnersberg-Touristik-Verbandes e. V.	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	Keine Vergütung
Mitglied im Aufsichtsrat der Donnersberger Konzepte	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	224,00 € (Sitzungsgeld)
Mitglied im Vorstand Planungsgemeinschaft Westpfalz + Vorsitzender Ausschuss Regionalplanung	Öffentliches Ehrenamt	780,00 € (Aufwandsentschädigung)
Mitglied im Digitalisierungsausschuss und des Ausschusses für Recht und Umwelt des	Öffentliches Ehrenamt	100,00 € (Sitzungsgeld)

Landkreistages Rheinland-Pfalz		
Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Donnersberg	Öffentliches Ehrenamt	5.880,00 € (Aufwandsentschädigung) und 562,00 € (Sitzungsgeld)
Mitglied Kreditausschuss der Sparkasse Donnersberg	Öffentliches Ehrenamt	400,00 € (Sitzungsgeld)
<b>Summe Sitzungsgeld Aufwandsentschädigung:</b>		<b>7.946,00 €</b>

Für Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder ihm gleichgestellten Dienst besteht eine Ablieferungspflicht an den Landkreis, sofern ein Höchstwert von 9.600 Euro überschritten wird. Sitzungsgelder sind anzurechnen, soweit sie im Einzelfall 160 Euro oder im Kalenderjahr insgesamt den Betrag von 1.900 Euro übersteigen.

Aufwandsentschädigungen für öffentliche Ehrenämter im Sinne des § 2 der Nebentätigkeitsverordnung unterliegen nicht der Ablieferungspflicht.“

## II. Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Bericht über Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Landrates und dadurch erzielte Vergütungen im Jahr 2020 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: DigitalPakt Schulen; Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Donnersbergkreis, Kaiserslautern und Kusel zur Zusammenarbeit im Bereich der Schul-IT

### I. Sachverhalt:

„Mit dem Förderprogramm DigitalPakt Schulen 2019-2024 stellen Bund und Länder den Kommunen und Schulträgern Finanzmittel zur Verfügung, um die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben.

Mit der Änderung der unterrichtsbezogenen Anwendungsbetreuung und dem Wegfall der Anrechnungsstunden für Lehrkräfte ab dem Schuljahr 2020/2021 will das Land künftig Konzepte der Schulträger finanziell unterstützen, bei denen die Dienstleistung der System- und Anwendungsbetreuung „aus einer Hand“ durch Personal des Schulträgers oder eines externen Dienstleisters erfolgt.

Die drei Landkreise Donnersbergkreis, Kaiserslautern und Kusel wollen im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schul-IT einen gemeinsamen IT-Support aufbauen. Dies soll durch die Schaffung einheitlicher Schulnetzsysteme und weiteren Standardisierungen bei Hard- und Software erreicht werden. Durch den gemeinsamen IT-Support können Ressourcen gebündelt und Kostensynergien genutzt werden.

Damit diese Vereinbarung durchgesetzt werden kann, sichern die Vertragsparteien die Umsetzung der gemeinsam erstellten technischen Konzeption zu. In das Konzept eingebunden sind die Mitarbeiter der Kreismedienzentren Donnersbergkreis und Kusel. Der LK Kaiserslautern hat aktuell kein Kreismedienzentrum, kann jedoch seine personellen Ressourcen in die Zweckvereinbarung einbringen.

Für den Aufbau eines gemeinsamen IT-Supportes stellen die beteiligten Landkreise eigenes Fachpersonal (IT-Administratoren) zur Verfügung. Jeder Landkreis trägt die Personal- und Sachkosten für sein Fachpersonal.

Die fachliche Führung des Support-Teams Schulen wird auf den fachlichen Koordinator für

den Bereich Schul-IT des Donnersbergkreises im Wege der Personalgestellung übertragen. Die Landkreise Kaiserslautern und Kusel beteiligen sich an den Personal- und Sachkosten einschließlich der Umsatzsteuer für die Personalgestellung des fachlichen Koordinator Schul-IT ab dem Schuljahr 2021/2022. Maßgeblich sind die Schülerzahlen zum Stand 30.09. eines jeden Schuljahres (Verteilungsverhältnis: ca. 50 % DOB, 30 % KUS, 20 % KL). Die Sachkosten beinhalten die entstandenen Fahrtkosten des fachlichen Koordinators für Fahrten zu den Schulstandorten in den Landkreisen Kaiserslautern und Kusel. Die Kosten für die zusätzlich benötigten Dienstleister trägt jeder Kreis selbst.

Die Zweckvereinbarung in der vorliegenden Fassung wurde von den Beteiligten gemeinsam erarbeitet. Bei einer Vorprüfung von Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier und dem Bildungsministeriums Mainz wurden keine Bedenken geäußert.

Die Zweckvereinbarung liegt den beteiligten Kreisgremien derzeit zur Beschlussfassung vor und wird nach deren Zustimmung und öffentlichen Bekanntmachungen in jeweiligen Amtsblättern in Kraft treten.“

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt dem Abschluss einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schul-IT zwischen den Landkreisen Donnersbergkreis, Kaiserslautern und Kusel zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig



## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:      Regionalentwicklung Alte Welt - Gründung eines Verein

### I. Sachverhalt:

#### **„Warum eine Vereinsgründung?“**

Die "5K" (Landkreise Bad Kreuznach, Kusel, Kaiserslautern, DonnersbergKreis, evangelische Kirche) engagieren sich gemeinsam in einem Regionalentwicklungsprojekt mit dem Ziel, in der sogenannten "Alten Welt" strukturelle Entwicklungsimpulse zu setzen. Der Projektraum setzt sich aus den Gebieten der Verbandsgemeinden Meisenheim (ehem.), Lauterecken-Wolfstein, Otterberg-Otterbach und Nordpfälzer Land zusammen.

Der Verein soll als Projektträger in der Alten Welt fungieren. Künftige Projekte können optional bei einer oder mehreren Kommunen oder dann auch bei dem Verein verortet werden. Dadurch ergeben sich mehr Möglichkeiten, auf förder- und beihilferechtliche Hemmnisse einzugehen und Fördermittel einzuwerben.

Durch die Vereinsgründung bekommt die bisherige Initiative "Alte Welt" eine verschriftlichte Struktur und wird nachhaltig verstetigt.

#### **Satzungsentwurf**

Zweck des Vereins ist die Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Region "Alte Welt". Der Vereinszweck wird verwirklicht durch das Zusammenführen von Netzwerken und Akteuren aus Politik, Verwaltung, Religion, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Sport und allen bürgerschaftlichen Bereichen. Auch durch die themenübergreifende Koordination, die Identifizierung von Kooperationspotenzialen sowie die Initiierung, Durchführung oder Unterstützung von Projekten, die dem Vereinszweck dienen, können Synergien erzielt werden.

Mitglieder können juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts sein.

Landrätinnen und Landräte (KH, KUS, KL, KIB), der Dekan oder die Dekanin des Dekanats an Alsenz und Lauter sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Verbandsgemeinden Nahe-Glan, Lauterecken-Wolfstein, Otterberg-Otterbach und Nordpfälzer Land gehören - vorbehaltlich einer Mitgliedschaft - kraft Satzung zum stimmberechtigten Vorstand. Die 5K übernehmen im turnusmäßigen Wechsel den Vorsitz. Der Vorstand kann zur Führung der Vereinsgeschäfte eine Geschäftsführung anstellen.

Die Vernetzung der Bürgerschaft untereinander und im Verhältnis zu den beteiligten Kommunen ist eine wichtige Voraussetzung, um die Vereinsziele erfolgreich zu verwirklichen. Der Verein bildet einen Bürgerbeirat, um auch diesem Austausch eine Plattform zu geben. Eine Vertreterin oder Vertreter des Bürgerbeirats gehört als stimmberechtigter Beisitzer zum Vorstand.

### **Vereinsbeitrag und Projektkosten**

Mit dem Vereinsbeitrag sollen primär die allgemeinen Geschäftsausgaben bestritten werden. Bei der Festlegung der Höhe ist der Leistungsfähigkeit der Beteiligten Rechnung zu tragen und es ist anzustreben, dass niemand wegen der Höhe des Beitrags nicht Teil der Initiative wird. Die Beitragshöhe wird von der Mitgliederversammlung beschlossen. Dieser werden nach den aktuellen Überlegungen je 500,- €/a für die 5K und 50,- €/a für die weiteren Mitglieder vorgeschlagen. Zudem besteht die Möglichkeit der fördernden Mitgliedschaft ohne Stimmrecht. Die Deckungsbeiträge für einzelne Projekte sollen nicht durch den allgemeinen Mitgliedsbeitrag finanziert werden, sondern setzen sich aus Zuschüssen (insb. EU, Bund, Land) und Umlagen bei den jeweiligen Projektbeteiligten zusammen.“

Michael Vettermann (FDP) ist der Auffassung, die Gründung eines Vereins sei grundsätzlich eine gute Sache. Die Satzung hingegen sollte seiner Meinung bei einigen Punkten noch mal überarbeitet werden. Eine Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder als beschlussfähig zu erklären, ebenso wie die Übertragung von entsprechenden Vollmachten ohne ein Limit, halte er für weniger sinnvoll.

Landrat Rainer Guth sichert zu, diese Anregungen in die nächste Gründerversammlung mitzunehmen. In dieser könne die Satzung entsprechend angepasst werden.

Gunther Rhein (CDU) teilt mit, gegen die Vereinsgründung spreche nichts dagegen. Zweck des Vereins sei die Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Region. Der Vereinsname „Alte Welt“ passe hier überhaupt nicht. Man sollte von der verstaubten Version wegkommen und einen anderen Namen im Laufe der nächsten Zeit finden. Alte Welt und Zukunftsfähigkeit passe nicht zusammen. Trotz dessen werde die CDU-Fraktion dem vorliegenden Entwurf zustimmen.

Landrat Rainer Guth erklärt, dies sei tatsächlich auch eine Meinung, die er immer mal wieder höre. Dies sei auch mehrfach diskutiert worden, aber die Mehrheit der Versammlung der „Alte Welt“-Beteiligten habe sich dafür entschieden, diesen Namen beizubehalten. Seiner Meinung nach, könne man den Namen behalten, müsse jedoch die Haltung dazu ändern.

Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) erkundigt sich, wann mit Zwischenberichten zu rechnen sei.

Landrat Rainer Guth informiert, die Berichte des Projektes „Alte Welt“ könne man gerne einmal im Jahr im Kreistag vorstellen.

Christian Ritzmann (FDP) findet den Namen „Alten Welt“ gut. Wenn man es schaffe diese kognitive Dissonanz zwischen einer motorischen Region im ländlichen Raum und der Bezeichnung „Alte Welt“ dann auch zu realisieren, dann habe man das Ziel schon erreicht. Dieses Ziel sei das Wichtigste, man müsse jede Wachstumsinitiative für den ländlichen Raum nutzen.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt, als Gründungsmitglied dem Verein "Alte Welt" beizutreten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-----

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Kosten für die Errichtung und den Betrieb des Impfzentrums (IZ) Rheinland-Pfalz - Donnersbergkreis

### I. Sachverhalt:

„Nach § 6 Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (CoronaImpfV) werden von den Ländern oder im Auftrag des Landes Impfzentren (IZ) errichtet und betrieben. Das Land Rheinland-Pfalz hat diese Aufgabe auf die Kommunen bzw. die Landkreise und kreisfreien Städte per Anweisung übertragen, so dass insgesamt 32 IZ in RLP existieren.

Im Donnersbergkreis wurde Anfang Dezember die Stadthalle in Kirchheimbolanden als IZ eingerichtet und mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet. Hierzu gab es genaue Vorgaben des Landes, die umzusetzen waren. Bezogen auf die Einwohnerzahl wurde eine Impfstraße eingerichtet, die es zulässt bei Vollbetrieb (zwei Schichten) über 400 Personen täglich zu impfen.

Grundsätzlich legt § 10 CoronaImpfV fest, dass 46,5% der Kosten für die Impfungen aus den Liquiditätsreserven des Gesundheitsfonds und 3,5% von den privaten Krankenversicherungsunternehmen zu zahlen sind. Die restlichen 50% trägt jedes Bundesland selbst.

Das Land hat die Aufgabe der Errichtung und des Betriebs der IZ unter voller Kostenzusage auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen mit der Maßgabe des wirtschaftlichen Betriebs. Die hierdurch entstehenden Kosten werden i. d. R. monatlich mit dem Land abgerechnet. Hierbei handelt es sich zwar um einen sog. „durchlaufenden Posten“, der allerdings an die Bedingung des „wirtschaftlichen“ Betriebs gebunden ist, so dass hier gleichzeitig eine außerplanmäßige Ausgabe mit dem Risiko der nicht vollständigen Abrechenbarkeit gegeben ist. Die Beteiligung der Kreisgremien hat daher stattzufinden.

Bis dato sind Ausgaben in Höhe von rd. 132.500,00 € entstanden.

Davon entfallen auf:

Anschaffungskosten	56.000,00 €
Laufende Unterhaltung/Verbrauchsmaterial	40.500,00 €
Personal (Anteile)	36.000,00 €

Aktuell können keine Hochrechnungen für die Aufwendungen bezüglich des weiteren Betriebes des Impfzentrums getätigt werden.

Die Einrichtung unterliegt einigen unvorhersehbaren Einflussfaktoren. Abhängig von politischen Entscheidungen, dem Verlauf der Pandemie und der Kapazitäten sowie Sorten von Impfstoffen werden unterschiedliche Anforderungen an die Ausgestaltung (andere Kühlmittel, weitere Sicherheitsvorkehrungen...) und Auslastung (Verbrauchsmaterialien, Personalkosten...) des Impfzentrums gestellt. u.a. sind folgende Kosten in der Aufstellung unberücksichtigt, da sie bislang nicht ausgezahlt wurden:

- Überwachungssystem von Heinz Elektrotechnik (44.614,23 €)
- Messebau von eigenART Events (23.700,00 €)
- Sicherheitsfirma Martin Telle (Rechnungen Dezember und Januar: 43.070,37 €)
- Sicherheitsfirma TS-Security (Rechnung Januar: 14.967,23 €)

Judith Schappert (Büroleiterin) stellt die Personalübersicht und die Kosten des Impfzentrums vor.

Die SPD-Fraktion regt an alle vier Wochen den aktuellen Stand, die Kosten etc. des Impfzentrums im Kreisausschuss vorzustellen.

Michael Cullmann (SPD) bittet um eine weitere Auflistung vom Personal des Impfzentrums und den zugehörigen Kosten in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises nimmt die durch die Errichtung und den Betrieb des IZ entstehenden Kosten zur Kenntnis, gleichzeitig wird der Landrat ermächtigt, die notwendigen Ausgaben zu tätigen und die Abrechnung mit dem Land zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Antrag der SPD-Fraktion: Impfstrategie im Donnersbergkreis  
- Rückblick, Ausblick, Aussprache

### I. Sachverhalt:

Michael Groß (SPD) erläutert den Antrag wie folgt:

„Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsmitglieder,

Die Information und Pressemeldungen zum Themen „Impfen“ haben aus unserer Sicht eine Aussprache im Kreistag notwendig gemacht.

Ich möchte aber auch gleich betonen, dass wir neben der Betrachtung in die Vergangenheit aber auch den Blick nach vorne richten wollen.

Ihre Impfung Herr Landrat hat zu Nachfragen und auch weiteren Informationen geführt, über die wir sprechen müssen und dabei auch Nachfragen stellen möchten. Uns ist bewusst, dass die Befugnisse und die Entscheidungskompetenz des Kreistages auch Grenzen hat und nicht alles in diesem Gremium geklärt werden kann.

Uns wurden aber in der letzten Zeit viele Informationen über scheinbar unberechtigte Impfungen zugetragen. Ob diese Informationen stimmen oder nicht, hätten wir gerne geklärt bekommen, auch zum Schutz eventueller zu Unrecht verurteilter Personen. Ein konkretes Beispiel wurde bereits Ihnen und den Impfkoordinatoren vorgetragen. Dies können wir leider aus datenschutzrechtlichen Gründen in diesem Raum gar nicht oder nur bei Zustimmung der Betroffenen erfahren. Ich sehe hier eine Chance zur Transparenz vertan, aber wenn es nicht geht, müssen die Betroffenen damit zurechtkommen, da damit auch im schlimmsten Fall Entscheidungen über Leben und Tod zusammenhängen.

Die einzelne Impfung einer Person, egal ob Landrat oder Berechtigter aus der Prioritätsgruppe 1, ist nicht der Kernpunkt unserer Aussprache. Vielmehr die grundsätzliche Vorgehensweise im

Umgang mit Restdosen und die Vorbereitung auf solche Situationen. Wir werden daher versuchen, nur bereits aus der Presse bekannte Informationen zu erwähnen oder Fragen so allgemein stellen, damit kein Rückschluss auf einzelne Personen möglich ist. Sollte es aufgrund der Emotionalität des Vorgangs jemand doch nicht gelingen, bitten wir um kurze Hinweise, damit wir die Aussprache sachlich und mit gegenseitigem Respekt führen können.

Wir möchten hier in der Öffentlichkeit auch nochmals erwähnen, dass wir uns mit dieser Thematik nicht aus wahltaktischen Gründen, sondern aus Verantwortung gegenüber aller, insbesondere der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber befasst haben. Aus eigener Erfahrung:

Was bringt es meinem Schwiegervater als 86 jährigem Risikopatient, ob seine oder meine Partei bei der Wahl gewinnt? Der Impftermin, auf den er über zwei Monate warten musste, war für ihn viel wichtiger.

Auch wurde von uns zu keiner Zeit die Leistungen der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter im Impfzentrum in Frage gestellt. Auch hier möchte ich erwähnen, dass sich mein Schwiegervater sehr gut aufgehoben gefühlt hat im Impfzentrum. Es geht und ging uns lediglich darum, ob alles nach den Vorgaben der Impfverordnung des Bundes vom 18.12.2020 erfolgt ist. Aufgrund des leider immer noch mangelnden Impfstoffes ist das Thema immer noch brandaktuell und bei der Bevölkerung immer noch präsent.

Ihre Impfung, Herr Landrat, wurde, wie aus der Presse zu entnehmen war aus Restdosen durchgeführt. Wie Sie in der Presse zitiert werden, würden Sie das ja heute auch nicht mehr machen. Wir möchten aber diesbezüglich wissen, ob Ihre zweite Impfung auch aus Restdosen erfolgte oder nach der ersten Impfung als geplante Zweitimpfung im Voraus angesetzt wurde. Wenn Sie aus datenschutzgründen hierauf nicht antworten möchten, ziehe ich meine Frage selbstverständlich zurück. Im Zeitungsbericht vom 06.01.2021 über diese Impfung ist seltsamerweise nichts über Restdosen aufgeführt und es wird sogar noch besonders darauf hingewiesen, das Zitat: strikt an Menschen aus Prioritätengruppe 1 und nicht einfach einer von der Straße geholt wird. Danach wurde in der Presse immer wieder ein anderer Slogan erwähnt.

Es geht uns darum, wie Sie, nachdem die ersten Tage als Erfahrungswerte dienen konnten, sich danach auf mögliche Restdosen in den folgenden Tagen vorbereitet haben. Es wurden hierzu ja nachweislich einzelne Personen, die nicht der Prioritätengruppe 1 zuzuordnen sind von Ihnen kontaktiert. Wir möchten wissen:

- Wurde z. B. über die Meldebehörden versucht, über 80-jährige in Kirchheimbolanden zu kontaktieren, ob sie im Falle von Restdosen innerhalb von 2 Stunden erreichbar gewesen wären? Wenn dies aus datenschutzgründen nicht möglich wäre, wieso wurde nicht ein Aufruf in den Amtsblättern gemacht.

- Wurde Kontakt mit den Pflegediensten, Sozialstationen oder ähnlichen Institutionen Kontakt aufgenommen, um über diese an Kontakte zu Personen über 80 Jahren zu kommen? So wurde es übrigens im Nachbarkreis Bad Dürkheim vorgenommen, dort hat es ja auch funktioniert.

- Wurde z. B. bei einer Impfung eines mobilen Teams in einem Ort die dort über 80-jährigen versucht zu erreichen? z.B. bei der Impfung in den Heimen in Marienthal und Ruppertsecken.

- Wurden Kontakte zu Ärzten oder Pfarrern gesucht, die Ihnen sicherlich Bekannte über 80-jährige nennen könnten?

- Laut Zeitungsinterview vom 25.02.2021 Zitat: haben wir Gruppen definiert, wen man sinnvoll vorziehen kann, wenn niemand aus Gruppe 1 verfügbar ist, wie Ärzte und ihr Personal sowie Palliativmediziner; welche Arztpraxen wurden hier kontaktiert? Falls diese Frage mit dem Datenschutz kollidiert, wäre die Anzahl der Praxen mit Personal anonym genug zu beantworten.

Laut Rheinpfalz vom 24.02.2021 hat dies zum Beispiel im Kreis Bad Dürkheim funktioniert;

Im Zeitungsbericht vom 29.12.2020 steht, dass jedes mobile Impfteam neben mobilem Personal auch aus einem Verwaltungsmitarbeiter besteht, der alles dokumentiert. Stimmt dies? Dann wären doch alle Unklarheiten nachzuvollziehen, wenn auch unter Umständen nicht in diesem Gremium.

Zum Abschluss möchte ich die Rheinpfalz vom 03.03.2021 erwähnen. Es soll eine Stelle eingerichtet werden, die auf berechnete Gruppen zugeht und Freiwillige erfasst, die kurzfristig verfügbar sind. Jetzt kommt mein Ansatz: Auch die Dokumentation fällt in den Aufgabenbereich: Wöchentlich soll der Kreisverwaltung sowie der Öffentlichkeit dargelegt werden, wie viele Restdosen angefallen sind. Das ist jetzt drei Wochen her und ich habe leider noch nichts davon gesehen.

Ich denke mit diesen ersten Fragen klarstellen konnte, dass es immer noch mehr Fragen als Antworten gibt. Eine unzureichende Öffentlichkeitsarbeit und nicht vorhandene Transparenz haben will Unsicherheit, Unruhe und Unzufriedenheit geschaffen.“



Christian Rossel (Kreisfeuerwehrinspekteur) erläutert den Sachstandsbericht zum Impfzentrum Donnersbergkreis anhand der beigefügten Präsentation.

Landrat Rainer Guth knüpft an den letzten Satz von Herrn Groß an. Man habe bisher mehr Fragen der SPD-Fraktion schriftlich beantwortet als hier in der Sitzung gestellt worden seien.

Christian Rossel informiert, egal ob dies eine reguläre Impfung oder eine Restimpfung sei, alle Impfungen werden im System eingetragen. Das System erstelle automatisch einen zweiten Termin für die Impfung. Darauf habe man keinen Einfluss, dies sei ein Automatismus, der bei allen Impfungen gleich sei.

Eva Hoffmann (Abteilungsleitung Recht, Gesundheit und Ausländerbehörde ) erklärt bezüglich des Melderegisters benötige man hier eine Grundlage, um Auskünfte herauszuziehen. Man könne schließlich nicht davon ausgehen, dass jeder damit einverstanden ist, seine Daten für diese Zwecke herauszugeben.

Christian Rossel ergänzt, es wäre von Anfang an eine sehr große Hilfe gewesen, wenn man auf die bereits registrierten Personen Zugriff gehabt hätte. Man habe bereits mehrfach beim Land darum gebeten, dies zu ermöglichen, da der Zugriff den Ablauf deutlich vereinfachen würde. Technisch sei dies laut deren Rückmeldung machbar, jedoch könne der Zugriff auf die bereits registrierten Personen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gewährt werden. Somit sei dies aufgrund der vorliegenden Datenschutzvorgaben leider nicht ganz so einfach.

Landrat Rainer Guth erklärt, diese Kritik habe man schon frühzeitig geäußert. Der Zugriff auf das System sei erst seit dem 7. Januar, egal ob mit oder ohne Termin, greifbar gewesen. Am 5. Januar, als er geimpft wurde, habe es den Zugriff auf die Datenbank noch nicht gegeben. Die Bekanntgabe über Amtsblätter oder der Aufruf sei damals nicht als Erfordernis gesehen worden. Man habe gewusst, dass man genug prioritäre Mitarbeiter in den Impfteams, sowohl in den mobilen als auch in den stationären habe, die sich hätten prioritär impfen lassen können. Davon haben aber nur ganz wenige Gebrauch gemacht. Man verwechsle die Zeit heute und die Anfang Januar. Damals sei ganz groß in Debatte gewesen, wer sich überhaupt impfen lasse und alle hatten Angst vor dem Impfstoff aufgrund mangelnder Sicherheitsuntersuchungen. Die Bereitschaft der Mitarbeiter in den Impfteams sich impfen zu lassen sei gering ausgeprägt gewesen. Dies habe dazu geführt, dass man in diesen Tagen, bevor man Zugriff auf die Datenbank hatte, die Restmengen versucht habe zu verwerten. Unabhängig davon, sei der Impfstoff den er erhalten habe, doppelt transponiert worden. Dieser sei von Eisenberg zurück

nach Kirchheimbolanden transportiert worden und danach so nicht mehr zulassungskonform gewesen. Was die mobilen Impfteams angehe, dies habe man auch schon mehrfach beantwortet. Diese haben bis Ende Januar eingeständig mit den Impfstoffen gearbeitet. Er selbst habe in der zweiten Januarwoche in den Altenheimen angerufen, um zu ermitteln, wer noch nicht zur Impfung akkreditiert war. Hier habe man Probleme gehabt, die Zustimmung der Pfllegschaften oder der Angehörigen der Leute einzuholen. Es sei kaum möglich gewesen, in den Altenheimen kurzfristig jemanden zu impfen. Dies sei auch heute aufgrund des bürokratischen Aufwands kaum möglich.

Christian Rosse informiert, die mobilen Impfteams gehören nicht in den eigenen Hoheitsbereich. Aufgabe sei lediglich, diese entsprechend nach Anmeldung mit Impfstoff zu versorgen. Die genaue Aufstellung eines mobilen Impfteams sei bis zum heutigen Tag nicht bekannt. Man könne gewisse Strukturen erahnen, da die mobilen Impfteams entweder morgens oder abends ins Impfzentrum gekommen seien. Es habe auch Tage gegeben, an denen die mobilen Impfteams das Material nur von einer Person abholen lassen haben. Daher wisse man nicht, wie viele Personen in einem mobilen Impfteam dabei sind. Hier sei der Auftraggeber der DRK Landesverband. Diese Frage und auch spezifische Fälle müsste man an das Land richten. Man könne jedoch sagen, dass die Teams natürlich den gleichen Dokumentationsaufwand haben wie auch das Impfzentrum, das bedeute sie müssen ebenso entsprechend die Papiereinlage mit der Aufklärungslage leisten. Deshalb sei er sich relativ sicher, dass diese auch Verwaltungskräfte dabei hatten, die dokumentiert haben.

Landrat Rainer Guth informiert, man habe bezüglich der Restdosen mehrere Arztpraxen kontaktiert, die insbesondere auch schon die Fieberambulanzen sowohl in Kirchheimbolanden als auch in Rockenhausen eingerichtet haben. Die Pflegedienste, Sozialstationen etc. habe man nicht angefragt, da man im Zeitraum vom 6. bis 8. Januar nicht mit Restdosen gerechnet habe. Man müsse betrachten, dass man in der ländlichen Region weniger Personal in der Prioritätsgruppe 1 habe, als eine Stadt habe. Die Daten der Impfungen könne man unter [www.donnertsberg.de](http://www.donnertsberg.de) einsehen. Die Infos auf der Homepage des Kreises werden täglich aktualisiert.

Christian Rosse ergänzt, der Rettungsdienst sei in den ersten Wochen einer der Hauptabnehmer in den Impfzentren gewesen. Es sei schwarz auf weiß belegt, dass man sich bereits frühzeitig Gedanken gemacht habe, wen man bei den Restimpfdosen im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtige.

Michael Groß (SPD) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Dennoch sei er bei machen Dingen anderer Meinung. Grundsätzlich wünsche er sich einen besseren Informationsfluss und mehr Transparenz.

Landrat Rainer Guth möchte der Vollständigkeit halber erwähnen, dass das Thema Restimpfungen auch bei der Begehung des Impfzentrums am 04. Januar besprochen worden sei. Damals habe man dies nicht als Problem gesehen. Hätte man bereits am 04. Januar gewusst, dass man hier auf ein Problem zusteure, dann hätte man natürlich alle miteinbezogen. Diese Herausforderung habe keiner von den handelnden Personen gesehen. Man habe Erfahrungen gemacht, die kein anderer Landkreis gemacht habe. In Zukunft werde man dies besser machen können, wenn man noch einmal so gefordert werden sollte.

Prof. Dr. Jamill Sabbagh (Kreisbeigeordneter) stellt die beigefügte Präsentation vor.

Christian Ritzmann (FDP) erklärt, es sei wichtig, die Zukunft zu adressieren. Man müsse an pragmatischen Lösungen arbeiten und in die Gänge kommen. Auch ihm wäre es recht gewesen, wenn Landrat Rainer Guth direkt nach seiner Impfung, nachdem auch die Sache in Kaiserslautern mit Herrn Förster solche Wellen schlug, veröffentlicht hätte, dass er auch aus bestimmten Gründen geimpft sei. Man hätte in Deutschland immense Herausforderungen, denen man sich in allen Ebenen stellen müsse. Es sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern in weiten Bereichen eine Frage der Effizienz. Andere Länder seien in der Organisation viel weiter. Er wünsche sich im Sinne für die Bürgerinnen und Bürger, dass man so schnell wie möglich den Impfstoff geliefert bekomme und alle durchimpfen könne. Außerdem sollten die dezentralen Ressourcen auch bei den im Donnersbergkreis niedergelassenen Ärzten genutzt werden, um mit Tempo voranzukommen. Die politisch Verantwortlichen müssen in der Lage sein, den Bürgerinnen und Bürgern viel schneller Lösungen anzubieten. Er ist der Auffassung, dass sich die Kommunalpolitiker auf der kommunalen Ebene mit ihren Entscheidungen nicht verstecken müssen, im Vergleich zu den höheren staatlichen Ebenen. In diesem Sinne sollte an Fahrt aufgenommen werden und nicht kleinlich geschaut werden, was hier oder dort schief gelaufen ist.

Gustav Herzog (SPD) möchte in diesem Rahmen die Gelegenheit nutzen und den Damen und Herren der Security, den Ärzten und den Verwaltungskräften für ihre Arbeit im Impfzentrum danken. Er selbst habe als Begleitperson einen positiven Einblick in den Ablauf gewinnen können. Es herrsche eine angenehme Atmosphäre, in der man sich gut aufgehoben fühle. Die Krise und diese Pandemie sei wohl die schwerste Krise, die die Gesellschaft aktiv seit dem

Krieg erlebt habe. Für viele Menschen bedeute dies finanzieller Ruin, schwere Krankheit, dauerhafte Gesundheitsschäden oder sogar den Tod und man müsse sich, wenn man über die Verantwortung rede, die von allen getragen wird, in Erinnerung rufen, dass aktuell 55 Menschen im Donnersbergkreis an dieser schrecklichen Krankheit gestorben sind. Das wichtigste Fundament in der Krise sei das Vertrauen. Viele nehmen sicherlich wahr, dass dieses Vertrauen auf den unterschiedlichsten Ebenen verspielt werde. Was er als Abgeordneter in den letzten eineinhalb Wochen im deutschen Bundestag, in der Bundesregierung und in Konferenzen mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten erlebt habe, sei alles geeignet gewesen, um Vertrauen zu zerstören. Auch die Entscheidung in den Ländern sei nicht immer nachvollziehbar und als Abgeordneter habe man das Problem dies zu erklären. Als überzeugter Föderalist sage er auch, dass man hier in eine Grundsatzdiskussion gehen müsse. Es gebe weitere Vorfälle in der Republik unter dem Stichwort Impfdrängler, die die Menschen noch zusätzlich empören, wie Oberbürgermeister, bei denen die Staatsanwaltschaft ermittelt, in Halle, Bürgermeister und Landräte. Er könne sich Herrn Groß nur anschließen, hier gehe es überhaupt nicht um Parteipolitik und Wahlkampf. Auch von Bürgermeistern und Landräten aus seiner Partei, die sich an der Reihenfolge vorbei haben impfen lassen, habe er in der Zeitung lesen können. Auch Rudolf Jacob habe in einem gestrigen Post auf Facebook fleißig auf die Fehler anderer hingewiesen und dabei vergessen, vor seiner eigenen Haustür zu kehren, wo er als Kreistagsmitglied auch Verantwortung trage. Eine solche Flut von Posts und Leserbriefen habe er in seiner gesamten aktiven Zeit noch nicht erlebt. In einem Donnersbergkreis, wo die Politik sehr gemächlich zu Gange gehe, stelle dies alles in den Schatten. Er bezieht sich erneut auf das Zeitungsinterview vom 25.02.2021, in dem es hieße „Wir hatten schon im Dezember besprochen, dass Wegwerfen die letzte Option ist.“ Für die SPD-Fraktion seien daher noch nachfolgende Fragen offen;

- Was wurde noch besprochen und wer war dabei?
- Wurde eine Strategie überlegt, was mit Resten getan werden kann?
- Warum wurde nicht überlegt, wer kann dran kommen, warum wurden keine Listen erstellt?
- Warum wurde nicht bei den Einwohnermeldeämtern angerufen - Amtshilfeersuchen Liste der Ü80-jährigen?

Jeder Wahlkämpfer könne sich diese Informationen einholen, wenn dies im öffentlichen Interesse liege, sei sogar eine Gruppenauskunft möglich. Diese Listen hätte man demnach erhalten können. Der Landrat und die beiden Beigeordneten seien gleich dabei gewesen, Herr Prof. Dr. Jamill Sabbagh hingegen habe nichts abbekommen, auch in den nachfolgenden Tagen nicht. Landrat Rainer Guth hätte dem Geschäftsführer des Westpfalzkrankenhauses Peter

Förster in der öffentlichen Diskussion als Mitglied des Aufsichtsrates solidarisch zur Seite stehen können und ebenfalls dazu stehen können, dass er mit Dosen geimpft wurde, die sonst niemand mehr hätte bekommen können. Dies wiederum sei jedoch sieben Wochen verheimlicht worden und auf Anfragen der SPD habe man ausweichend reagiert. Letztlich habe man es vier Tage danach aus der Zeitung erfahren, weshalb die Empörung groß gewesen sei.

Weitere Reststoffe habe man nach Gutdünken verabreicht. Auch in der Zeit, als wegen Impfstoffknappheit die Erstimpfungen ausgesetzt worden sind, habe man das System bestehen lassen. Die Aussage des Impfkordinators, das System würde diesen Termin vorgeben, sei peinlich. Die Herren hätten ohne Probleme auf einen zweiten festen Termin mit zugesagtem Impfstoff verzichten können und warten können, bis Restimpfstoff frei wird. Die SPD interessiere, ob der Landrat und der Impfkordinator ausschließen können, dass Familienangehörige von führenden Mitarbeitern der Verwaltung, die außerhalb des Landkreises leben, im Impfzentrum in Kirchheimbolanden geimpft worden sind. Willkür zerstöre Vertrauen, Transparenz solle dieses wieder herstellen, weshalb er positiv enden möchte und Herrn Sabbagh für seine Arbeit lobt.

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) bedankt sich für die Möglichkeit, heute in diesem Gremium über dieses Thema zu sprechen. Es sei wahnsinnig wichtig, für die Transparenz und Akzeptanz hier im Kreistag unter den Kreistagmitgliedern zu sorgen, und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger sei es enorm wichtig, dass man nun offen darüber spreche. Die Fraktion B90/Die Grünen habe sich stark für eine Änderung der Impfstrategie eingesetzt und einen neuen Umgang mit den Impfstoffen gefordert. Man habe sehr deutlich geäußert, dass dieser Wechsel umgehend nötig sei, dass man an einer Lösung für die Zukunft arbeiten müsse. Es müsse auch hier der Anspruch aller sein, alles mit den Fraktionen im Kreistag und für die Öffentlichkeit aufzuarbeiten. Dies sei nun zu spät, aber man sei dies angegangen. Es habe Sitzungen mit den Fraktionsvorsitzenden und Besprechungen mit den Verantwortlichen gegeben und es seien viele Fragen beantwortet worden. Die Veröffentlichung von den Zahlen online begrüße sie auf jeden Fall auch und auch eine Aktualisierung müsse immer gewährleistet sein. Das Impfen selbst stehe für die Fraktion B90/Die Grünen an erster Stelle. Es müsse kein Impfstoff weggeworfen werden, aber hier sollten Menschen mit höchster Priorität z.B. wegen des Alters oder des Berufs geimpft werden. Dies habe sich mit der zentralen E-Mail Adresse und Herrn Prof. Dr. Jamill Sabbagh als Ansprechperson gut entwickelt. Er habe sich vom ersten Tag an um die Anfertigung einer Liste für Restimpfungen gekümmert und sich die Mühe gemacht verschiedenen Einrichtungen zu kontaktieren, um weitere Personen mit in diesen Pool aufzunehmen. Es sei toll, wie Jamill Sabbagh dies

angegangen sei und umgesetzt habe. Hierfür spricht sie ihm ein großes Lob und Danke aus.

Simone Huth-Haage (CDU) erklärt, es sei sehr gut, dass man endlich über dieses Thema in der Öffentlichkeit spreche. Es sei ein Thema, dass die Menschen so bewege wie sonst kein anderes Thema in den letzten Jahrzehnten im Donnersbergkreis. Sie selbst habe erlebt, wie erleichternd es sei, wenn die Eltern oder Großeltern einen Impftermin bekommen und das kann jeder nachvollziehen, deswegen sei dies ein sehr emotionales Thema. Sie bekräftigt Herrn Herzogs Aussage, dass auf allen Ebenen Fehler begangen worden seien. Es sei leider ein Versagen auch in Brüssel, das sie so nicht für möglich gehalten habe. Sie hoffe auf eine Korrektur der Fehler und auf eine höhere Impfdosenlieferung. Man könne nicht mehr nachvollziehen, wie zum Beispiel in Italien 30 Millionen Impfdosen AstraZeneca gefunden wurden. Frau Huth-Haage bedankt sich herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Impfzentrum, die eine hervorragende Arbeit leisten und bei Herrn Jamill Sabbagh, der für Transparenz Sorge. Aus der Situation sei zu schließen, dass ein Bürokratieabbau benötigt wird, da die ganzen Verwaltungen sich während der Krise nicht bewährt hätten. In der Rheinpfalz seien zwei Fälle von Herren veröffentlicht worden, welche momentan nicht den Datenschutz betreffen, da diese bereits selbst an die Öffentlichkeit getreten sind. Diese beiden Herren gehören der Prioritätsgruppe 2 an. Sie sind schwerstkrank, aber eben noch keine 80 Jahre alt. Aufgrund ihres Alters seien sie vom Impfzentrum weggeschickt worden. Ihre Frage richte sich an Herrn Landrat Rainer Guth, der gesagt habe, dass eine prioritäre Lücke zu finden, schwierig sei. Wieso wurde den beiden Männern nicht konkret gesagt, dass man sie nicht impfen dürfe, da sie erst 75 Jahre und noch keine 80 Jahre alt sind. Man hätte ihnen sagen müssen, dass die sich bereit halten sollen, sobald es eine Restdosis gebe, seien sie an der Reihe. Sie wisse es sei schwierig, aber sie wünsche sich ein etwas mehr Flexibilität im Sinne dieser Menschen. Des Weiteren wäre es gerecht gewesen diese beiden Herren zu impfen, da sie vom Schicksal schwer betroffen sind. Sie wünsche sich eine Antwort auf diese Fragen.

Steffen Antweiler (FWG) stellt fest, dass zum Thema Rückblick medial viel zu verfolgen war. Nach seiner Wahrnehmung habe das Impfzentrum in Kirchheimbolanden eine hervorragende Arbeit geleistet und trotz zu Beginn der Chaosphase, wie die Presse es genannt habe, pragmatische Lösungen angewandt. Er unterstreicht, dass es noch Menschen gebe, die den Mut haben Entscheidungen zu treffen, wo vielleicht der Regelungs-marathon oder Regelungsbedürfnis in unserem Land noch nicht die Vollkommenheit erlangt hat. Ein Dankeschön gehe an die Entscheiderinnen und Entscheider, die den Mut gehabt haben, trotz Regelungsmangel zu entscheiden. Weiterhin betont er, dass die Bezeichnung „gravierende Fehler“ hier zu hinterfragen sei, denn mittlerweile seien insgesamt 11.000 Menschen im

Donnersbergkreis geimpft worden. Er bedankt sich herzlich bei Herrn Rossel für die konsequent weiterentwickelte Strategie im Impfzentrum. Ein weiterer Dank gehe an Herrn Sabbagh, der bezüglich des Umgangs mit den Restdosen Transparenz geschaffen habe. Zuletzt gehe ein Dank an alle Agierenden, die eine sehr gute Impfstrategie im Donnersbergkreis für die nächsten Wochen und Monate aufgestellt haben.

Landrat Rainer Guth erklärt, die Vorfälle seien noch vor der Attestpflicht und der Attestöffnung des Impfzentrums für Betroffene chronisch Kranke gewesen. Im System habe es eine Lücke gegeben, die den Leuten ermöglicht habe sich mit ihren Angaben anzumelden und eine Bestätigung mitzubringen. Die Tatsache, dass sie abgewiesen wurden, sei eine unglückliche Geschichte. Es tue ihm für jeden einzelnen Fall leid. Es sei systembedingt, wenn man Prioritäten habe und zwischen Prioritäten 1, 2, Chronikern, Lehrern und Erziehern, nur Lehrern aus den weiterführenden Schulen oder nur Grundschulen verschiebe.

Gerd Fuhrmann (SPD) stellt fest, dass so manches, was angesprochen worden sei und sich ereigne in der Namenlosigkeit zurückbleibe. Datenschutz und Persönlichkeitsrechts seien hier Lücken. Man habe oft auf Kritik reagiert und sich viele positive Ansätze und Regelungen durch die Verwaltungsstrategie ergeben. Der 3. Kreisbeigeordnete Jamill Sabbagh sei hier der Richtige für die Koordination und Verantwortung. In einem Telefonat mit ihm habe er, was die Kooperation anbelangt, einiges klären können und Stellenwerte haben sich im Moment erübrigt. Für den Ablauf des Impfzentrums hätte er sich gewünscht, dass dies im Vorfeld in den Kreisgremien besprochen worden wäre. Dies habe er vermisst, eine Diskussion sei hier sicherlich für beide Seiten fruchtbar gewesen. Er möchte auch klar stellen, dass die Mitglieder des Kreistages das Recht und die Pflicht haben hier Fragen zu stellen und auch Antworten zu erhalten. Zudem wolle man an Entscheidungen beteiligt werden. Bei bisherigen Prozessen sei er von verschiedenen Mitglieder aus Gremien angesprochen und auch aufgefordert worden, die Themen anzusprechen und sich nachhaltig für eine Klärung einzusetzen. In Zukunft werde Respekt und Transparenz benötigt, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) hebt nochmals hervor, dass gegenüber der Bürgerinnen und Bürger Transparenz, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit im Vordergrund stehen sollte. Leider habe man dies punktuell versäumt. Man sollte in die Offensive gehen und von den Geschehnissen in der Öffentlichkeit berichten. Die Transparenz, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen sei ein längerer Weg, als der Weg, worüber dies vermässelt worden sei. Nach dem heutigen Bericht sei man auf einem guten Weg. Die täglichen Corona-Zahlen sollte man nicht nur auf der Homepage des Kreises aktualisieren,

sondern auch hier mehr Transparenz zeigen. Die Frage, wie man an dem besagten Abend auf die drei Herren gestoßen ist und diese mit Restdosen geimpft hat, sei noch offen.

Landrat Rainer Guth erklärt, dass an dem Abend die beiden Herren und er von den Impfkoordinatoren angerufen wurden. Die Medien, die über den Donnersbergkreis berichten, würden die Homepage der Kreisverwaltung kennen. Wer die Daten entnehmen wolle, könne auf die Plattform zugreifen. Man setze sich bereits für mehr Reporting ein. Aktuelle Informationen werden auch zum Beispiel auf Facebook veröffentlicht oder auch den Verbandsgemeinden weitergeleitet. Dies erfordere viel Arbeit für die Medienbeauftragten.

Christian Rossel erläutert, dass er oder sein Stellvertreter Björn Becker die Entscheidung über den Umgang mit den Restdosen getroffen haben. Der Landkreistag habe bescheinigt, dass man sich für diese Phase auf Landesebene geeinigt habe, keine Reste wegzuwerfen und bestenfalls Personen mit Systemrelevanz zu impfen. An diesem besagten Abend habe er selbst die drei Herren angerufen. Er selbst komme aus einer Militäreinrichtung und aus seiner Sicht habe der Führer in einer Krise eine ganz besondere Bedeutung. Deshalb sei für ihn in diesem Moment naheliegend gewesen, die politisch Verantwortlichen anzurufen und zu fragen, ob sie bereit wären, diesen verfallenen Impfstoff anzunehmen und gegebenenfalls eine gesundheitliche Stärkung heranzuführen. Zu dieser Zeit seien die Zahlen stark steigend gewesen und deutlich höher als zum jetzigen Zeitpunkt. Demnach sei durchaus klar gewesen, dass es zum Ausfall der Führungskräfte kommen könne, was immer nur schwer zu kompensieren sei. Daher sei es für ihn naheliegend gewesen diese drei Personen anzurufen.

Landrat Rainer Guth erinnert an den Zeitraum, zwischen Weihnachten und den Dreikönigstagen (6. Januar 2021). Es sei eine arbeitsintensive Zeit mit täglichen Konferenzen gewesen. Obwohl er Urlaub gehabt habe, war er mehrmals im Impfzentrum und auch im Büro gewesen, weil die Lage dies erfordert habe. In dieser Woche wurde auch zügig die 39. Verbandsbürgermeisterrunde abgehalten, das bedeute, alle standen im ständigen Austausch miteinander. In dieser Zeit gab es weniger Probleme, sondern vielmehr Herausforderungen, bei denen eine dauernde Abstimmung mit dem Land erforderlich gewesen sei. Die Themen seien herausfordernd gewesen, aber nicht so krisenhaft, dass sie im Krisenmodus wie zu Beginn der Pandemie waren. Man sei froh gewesen, dass das Personal für das Impfzentrum stand und geschult war und ein Testdurchlauf erfolgreich bestanden wurde. Diesen Stand zum 4. Januar habe man dem Engagement der Herren Rossel und Becker zu verdanken. Ebenfalls dankt er Herrn Prof. Dr. Jamill Sabbagh und seinen Leuten. Es sei eine sehr gute Idee gewesen, ihn bei einem Meeting zu fragen, ob er diese Aufgabe übernehmen möchte. Es müsse gesagt werden, dass von Januar bis 1. März nur der hoch nachgefragte Impfstoff BionTech verimpft wurde.



Damals habe es keine Reklamationen und Rücktritte vom Impfterminen gegeben. Ab dem 7. Januar habe man systemkritische Personen im Krankenhaus mit Restdosen geimpft. Nach Antritt von Jamill Sabbagh seien auch andere Berufsgruppen wie Erzieherinnen und Erzieher sowie Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer geimpft worden. Jedoch sei anzumerken, dass zwei weitere Impfstoffe hinzukamen und das Impfzentrum auch am Wochenende geöffnet hatte. Im Vergleich zum selbstständig geregelten Vergabemanagement von Herrn Rossel und Herr Becker sei die Regelungsdichte um ein vielfaches gestiegen. Die Herausforderung sei der Umgang mit Restdosen ab 21 Uhr gewesen. Man habe Leute in der Prioritätgruppe erreichen müssen, die bereit waren sich noch um 22 Uhr impfen zu lassen. Man müsse erneut festhalten, dass die Herren Rossel und Herrn Becker eine hervorragende Arbeit geleitet haben. Am 15. Dezember 2020 habe die Abnahme des Impfzentrums stattgefunden. Es haben wöchentliche Treffen mit den Impfkoordinatoren stattgefunden. Man war noch in einer frühen Phase, weshalb man kaum über das Thema Restdosen gesprochen habe. Bis Ende des Jahres habe es in den Telefonkonferenzen und Konferenzen mit dem Land kein Gespräch über Restmengen gegeben. Dies habe sich erst Anfang Januar aufgebaut und sei erst am 14. Januar priorisiert worden. In einem Gespräch habe er gesagt, wenn niemand in Prioritätengruppe 1 gefunden wird, dann werde in der nächsten Prioritätengruppe durchgefragt. Zu Beachten sei gewesen, dass ein Impfstoff nicht fahrlässig verloren gehen darf. Man habe Listen mit den Namen des Impfteams, des Gesundheitsamtes und des Vollzugsdienstes gehabt. Ebenso sei man sicher gewesen, dass man nicht aus den Prioritätengruppen heraus müsse. Daher habe man die Einwohnermeldeämter nicht kontaktiert und auch keine Veröffentlichung gemacht. Frau Hoffmann stehe als rechtliche Beraterin zur Verfügung. Die Bezeichnung nach Gutdünken gehandelt zu haben, weise er von sich ab.

Gustav Herzog (SPD) kritisiert, dass es nicht abgestellt wurde. Wenn jeder Mitarbeiter nach Gutdünken wirke, hätte Landrat Rainer Guth dies abstellen müssen. Schließlich sei er der Landrat und nicht Herr Rossel oder Herr Becker.

Landrat Rainer Guth entgegnet, um etwas abstellen zu können und entsprechend agieren zu können, müsse man in diesem Moment davon wissen. Aufgrund der Zahlen, die vorliegen, sei dies kein Anlass dazu zu sagen, dass nach Gutdünken agiert worden sei. Er sei gerne erneut dazu bereit, die verfügbaren Daten und die Gespräche zu beleuchten. Man habe im ersten Teil des Lockdowns den Verwaltungsstab hervorgerufen und aufgebaut, den kleinen Sitzungssaal als Lagezentrum umgebaut und die Bundeswehr eingebunden.

Eva Hoffmann (Abteilungsleitung Recht, Gesundheit und Ausländerbehörde) informiert, man

habe damals den Schwerpunkt in den Altenheimen und Einrichtungen gehabt, weil dort die Zahlen sehr hoch gewesen seien. Das Ganze sei eine Auftragsverwaltung des Landes. Man sei strikt an die Vorgaben des Landes gebunden, sodass der Verwaltungsstab keinen großen Handlungsspielraum gehabt habe. Es müsse nach den Vorgaben des Landes gehandelt werden.

Christian Rossel ergänzt, wie bereits gesagt, habe er den Landrat angerufen. Er habe die Handynummer von Landrat Rainer Guth, um ihn bei Einsätzen erreichen zu können. Im gleichen Zuge habe er auch die Kontaktdaten von Wolfgang Erfurt, da er Vertreter des Landrates ist und er mit ihm auch außerhalb des Zeitrahmens kommunizieren müsse, wenn es um Einsätze gehe. Ernst-Ludwig Huy sei Zufall gewesen, er habe seine Handynummer aufgrund einer Baumaßnahme in Dannenfels gespeichert. Zu diesem Zeitpunkt habe er keine Kontaktdaten von Herrn Dr. Jamill Sabbagh gehabt.

Michael Cullmann (SPD) erkundigt sich, ob nach dem 7. Januar niemand mehr außerhalb der jeweiligen Prioritätsgruppe geimpft wurde. Er sei am 5. Januar angefragt worden, ob er sich auf eine Liste für Impfstoffe setzen lassen möchte und fragt nach, wie viele Personen auf dieser Liste standen. Weiterhin möchte er wissen, ob alle Bürgermeister oder weitere Personen angefragt wurden.

Christian Rossel informiert, er sei nicht ganz sicher, aber auch nach dem 7. Januar habe man außerhalb von Prioritätsgruppe 1 geimpft. Eine Liste in dieser Form habe es nicht gegeben. Die Wehrleiter der Verbandsgemeinden seien gebeten worden, eine Liste bereitzustellen.

Landrat Rainer Guth ergänzt, das mobile Impfteam habe mit den Impfstoffen sehr autark agiert.

Michael Cullmann (SPD) wirft ein, die Frage von Herrn Herzog, ob Leute außerhalb des Kreises geimpft wurden, sei noch nicht beantwortet worden.

Christian Rossel konkretisiert, er wisse nicht, ob man in der Lage sei, diese Zahlen zu erfassen, aber sie seien umfangreich. Die allergrößte Gruppe sei natürlich die Berufsgruppe, z. B. Mitarbeiter in Heimen oder Arztpraxen, obwohl Wohnsitz außerhalb des Kreises.

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Antrag der SPD-Fraktion: Umsetzung des Kita-Zukunftsgesetzes - Aktueller Stand der Umsetzung hinsichtlich Sozialraumbudget, Prozessablauf, Personalauswirkung

### I. Sachverhalt:

Jaqueline Rauschkolb (SPD) erläutert den Antrag der SPD-Fraktion zur Umsetzung des Kita-Zukunftsgesetzes.

Heike Frey (Abteilungsleiterin Jugend, Familie und Sport) gibt wie folgt einen Sachstandsbericht zu den oben genannten Punkte:

#### 1. Prozessablauf

- Inkrafttreten 01.07.2021, durchgreifendste Änderungen bei Gestaltung der Betreuungsangebote und Finanzierung
- Ab 01.07.2021 neue BE erforderlich, sonst keine Landeszuschüsse zu Personalkosten
- Voraussetzung: Begehung der Kitas mit MA des LSJV, in Verzug geraten wegen Corona, bisher 25 Kitas tatsächlich besucht, zuständige MA für den Donnersbergkreis längerfristig erkrankt, jetzt Ersatz, Begehungen erfolgen auf digitalem Weg  
Erste Erfahrungen: (Bei digitalen Begehungen fehlt natürlich der wichtige persönliche Kontakt, der digital nicht zu ersetzen ist). Bisher haben 10 Begehungen digital stattgefunden. Die Beteiligten haben keine Vorbehalte gegen das digitale Format geäußert. Es gab keine größeren technischen Probleme. Jeder konnte sich mündlich äußern und jeder hat alles verstehen können. Das ist beim Durchlaufen eines Gebäudes nicht immer gewährleistet. In Anbetracht der Corona-Pandemie konnten wir auf diesem Weg den Teilnehmerkreis größer halten. So waren z. B. Beigeordnete und Elternausschuss bei manchen Begehungen dabei. Grundrisspläne und Bilder lagen jedem vor bzw. wurden über einen geteilten Bildschirm allen Teilnehmer gezeigt. Von daher wird die digitale Form als die derzeit ideale Form der Begehung gesehen.  
Sehr effizient, man kann mehr Teilnehmer\*innen einbinden, es fehlt der persönliche Kontakt – muss dann nachgeholt werden

Termine für alle restlichen Kitas sind vereinbart, Abschluss bis 22.04.2021

- Wegen der Verzögerung Einladung in LSJV und Angebot des LSJV zu einer digitalen Informationsveranstaltung für alle Kita-Leitungen der Kitas im Donnersbergkreis, Fragen vorab erhoben, findet am 26.03.2021 statt
- Auf Basis der Ergebnisse der Begehungen und der von den Kitas gemeldeten Kinder und Betreuungsbedarfen führen wir die Gespräche zum Inhalt der ab 01.07.2021 erforderlichen Betriebserlaubnis

## 2. Personalauswirkung

- Soweit das bisher durchgeführt werden konnte, ergeben sich bei gleichbleibendem Betreuungsumfang und konstanten Kinderzahlen nahezu überall Personalzuwächse bzw. bei gesunkenen Kinderzahlen keine Personalreduzierungen; auf Basis der bisher vorliegenden Zahlen bedeutet das für die Kitas im Donnersbergkreis insgesamt einen Personalzuwachs von 36 VZÄ
- Auch zurückzuführen auf bindende Vorgaben des Landes für die Bedarfsplanung, z.B. bestimmte Platzzahlen pro Angebot, besondere Herausforderung: zwei Platz-Vorhaltung für einjährige – führt zu Anforderung für Mehrpersonal, das umgerechnet dann über die gesetzliche Personalzumessung pro Platz hinausgeht, aber Voraussetzung für die Erteilung der BE ist
- Fachkräftemangel? Durch neue Fachkräfteevereinbarung gibt es neue Möglichkeiten, z.B. die interkulturelle Fachkraft fest engagieren

## 3. Sozialraumbudget

- § 25 Abs. 5 KiTaG: „zusätzliche Zuweisungen des Landes zur Deckung von personellen Bedarfen, die in Tageseinrichtungen aufgrund ihres Sozialraumes oder anderer besonderer Bedarfe entstehen können.“
- Landesweit 50 Mio €, jährliche Dynamisierung von 2,5%, Verteilung auf die Jugendamtsbezirke: 40% Anteil Kinder unter 7 Jahren und 60% Anteil unter 7 Jahren im SGB II-Bezug
- Für Donnersbergkreis Ausgangsbetrag von 838.000 €, d.h. für 2021 (halbes Jahr) die Hälfte 419.000 €
- Verwendbar ausschließlich für Personalkosten (nicht Sach-, Projekt-, Overhead-, Neben- etc -kosten), und zwar bis Anteil 60%; um Mittel aus Sozialraumbudget voll auszuschöpfen, müssen also 560.000 € plus sämtlicher Nebenkosten von Kita-Trägern und öffentlichem Jugendhilfeträger aufgebracht werden

- § 3 Abs. 3 AV KiTaG: „Deckung personeller Bedarfe, die in Tageseinrichtungen aufgrund ihres Sozialraums oder anderer, insbesondere betriebserlaubnisrelevanter Bedarfe entstehen können.“ – z.B. Waldkindergärten, räumliche Besonderheiten (ausgelagerte Räume)
- Folgt dem Leitbild des sozialen Ausgleichs
- Zweck: Förderung von Kindern aus benachteiligten Wohngebieten mit dem Ziel des Ausgleichs von Benachteiligung; bedarfsgerechte Unterstützung dieser Kinder und ihrer Familien; insbesondere
  - niedrigschwellige Beratung und Unterstützung der Eltern
  - Vernetzung der Familien zur Stärkung des Selbsthilfepotenzials
  - vertrauensbildende Maßnahmen und die Unterstützung beim Umgang mit Ämtern und Anträgen, die der Förderung der Kinder dienen
  - Auf- und Ausbau sowie Festigung von Kooperationsstrukturen, Vernetzung mit Institutionen des Sozialraums und der Hilfestruktur
  - Weiterentwicklung der Tageseinrichtung zum Kommunikations- und Nachbarschaftszentrum mit der Umsetzung von Maßnahmen, die der Kommunikation und Zusammenarbeit dienen und die Familien bei der Entwicklungsförderung der Kinder unterstützen

Zentrale Idee des Landes: Kita-Sozialarbeit; je weiter sich eine Konzeption von der Kita-Sozialarbeit entfernt, umso schwieriger wird die Begründung der Landesmittel über das Konzept

- Grundlage: Sozialraumkonzeption, Aufgabe des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Zweischrittiges Verfahren: nachvollziehbare Beschreibung des Sozialraums anhand von soziostrukturellen Daten (zu Bevölkerungsstruktur, Infrastruktur, Leistungs- und Sozialstruktur, Präventionsstruktur etc) – in Fortsetzung der Erhebungen für das Programm Kita!Plus im Sozialraum – und darauf aufbauend Konzept mit Festlegung, welches Personal zu welchem Zweck in den Kitas zum Einsatz kommen soll

Wird beschlossen vom Jugendhilfeausschuss

Vorlage beim LSJV bis zum 30.06.2021 zwingend, sonst keine Mittelzuteilung; Vorlage per Post oder E-Mail wird nicht anerkannt, muss über den Upload Bereich der Datenbank des LSJV eingereicht werden, Freischaltung voraussichtlich im Juni 2021

- Verfahren Donnersbergkreis:

Begleitung in der Konzeptionserstellung durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH, Arbeitsform Workshops, leider aufgrund derzeitiger Situation nur digital möglich, Mitwirkende: Kita-Referat, Jugendhilfeplanung, Leitung Allgemeine

Soziale Dienste, Kita-Leitungen aus allen fünf Verbandsgemeinden, Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft, kleine und große, in städtischem und dörflichem Umfeld, mit unterschiedlichen Einrichtungskonzeptionen

Erste Schritte: Datenerhebung, schriftliche Befragung aller Kita-Leitungen (großer Rücklauf, ca. 80%)

Erste Workshopsitzungen haben stattgefunden, ism erarbeitet auf dieser Basis Entwurf

Nächster Workshoptermin Ende März

Ggf. Überarbeitung des Entwurfes

Vorab-Vorlage zur Grobsichtung an das Landesjugendamt

Vorstellung im Jugendhilfeausschuss 27.04.2021

Nach Beschluss JHA Upload Datenbank des LSJV

- Zeitliche Einordnung Verfahren Donnersbergkreis: Mittelfeld, ism begleitet 17 Jugendämter im Prozess, davon bisher eine Konzeption eingereicht

Klaus Hartmüller (CDU) verlässt die Sitzung um 18.20 Uhr.

Gustav Herzog (SPD) verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

Christian Ritzmann (FDP) verlässt um 18.40 Uhr die Sitzung.

Simone Huth-Haage (CDU) verlässt um 18.45 Uhr die Sitzung.

Nach Klärung aller Fragen und regem Meinungsaustausch schließt Landrat Rainer Guth den Tagesordnungspunkt.

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stärkung der Elektromobilität im Donnersbergkreis

### I. Sachverhalt:

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) erläutert den Antrag: „Der Donnersbergkreis hat sich entschieden mit einem neuen Verkehrskonzept auf mehr Nachhaltigkeit in der Mobilität zu setzen. Ein Baustein der Mobilitätswende kann die Elektromobilität sein. Zusätzlich ist das angedachte Carsharing-Angebot auch ein umweltfreundliches Tourismusangebot. Es hätte den Vorteil, dass Touristen aber auch Bürger\*innen im Donnersbergkreis auf das Angebot des Carsharing zurückgreifen können. Die neue Location des DTV-Büros liegt zentral in Kirchheimbolanden. Das E-Auto kann dort gut beworben werden.“

Landrat Rainer Guth findet die Idee grundsätzlich gut. Der neue Standort des DTV Büros liege jedoch in einem verkehrsberuhigten Bereich ohne Parkmöglichkeiten. Demnach sollte der Standort erneut überdacht werden und grundsätzlich im Bezug auf weitere Ortschaften offener formuliert werden.

Michael Cullmann (SPD) ist der Meinung, der Standort eines solchen Carsharing Konzeptes sei in der Nähe eines Bahnhofes sinnvoll.

Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) möchte wissen, ob eine Übersicht der im Donnersbergkreis zugelassenen Elektrofahrzeuge besteht.

Landrat Rainer Guth informiert, eine solche Übersicht (siehe Anhang) bestehe und könne der Niederschrift beigefügt werden.

### II. Beschluss:

1. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, eine Aktionswoche „Elektromobilität“ im Donnersbergkreis zu planen und durchzuführen. Die Autohändler sind mit einzubinden.

2. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, ein Carsharing-Angebot (standortoffen) zu prüfen und die Interessensgruppen zu ermitteln. Die Verwaltung wird ebenfalls beauftragt, offene Fragen zu Versicherung, Haftung und steuerlichen Aspekten zu klären, um ein Konzept zu entwickeln, das dann von gewerblichen Anbietern umgesetzt werden könnte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig



## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

Manfred Boffo (FWG) erkundigt sich, ob der Donnersbergkreis an dem vom Land Rheinland-Pfalz im Zuge der Corona-Pandemie geplanten Projekt der Modellregionen teilnehmen wird. Dies sei seiner Meinung nach eine gute Möglichkeit, um der von der von Corona gebeutelten Wirtschaft eine Perspektive zu bieten.


Landrat Rainer Guth erklärt, er könne dem nur zustimmen und wäre ebenfalls dafür, dieses Projekt auch im Donnersbergkreis umzusetzen. Aktuell arbeite man an Eröffnungsperspektiven und Wegen in Rheinland-Pfalz, was natürlich auch eng mit dem Modell Testen und Genießen zusammenhänge. Einen einsprechenden Antrag könne auch jede Verbandsgemeinde, die unter einer Inzidenz von 50 liege beantragen. Den Antrag hierfür habe bislang nur die Verbandsgemeinde Winnweiler gestellt.

Michael Cullmann (SPD) informiert, da die Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land ebenfalls unter einer Inzidenz von 50 liege, werde man hier die Kreisverwaltung in einem Schreiben um Prüfung bitten, ein solches Projekt gemeinschaftlich mit dem Donnersbergkreis umzusetzen.

Landrat Rainer Guth sichert zu, die Kreisverwaltung werde dies begrüßen und sich an diesem Projekt beteiligen.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 19.30 Uhr die Sitzung des Kreistages.

  
(Rainer Guth)  
Vorsitzender

  
(Julia Mayer)  
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 17.03.2021

Tag der Sitzung: 25.03.2021

Sitzungsort: Videokonferenz

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.30 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 35

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 3

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Julia Mayer

### Anwesenheitsverzeichnis

9. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises

am 25.3.21 als Videokonferenz

		Mitglieder	anwesend
SPD	1.	Cullmann, Michael	✓
	2.	Dr. Kahla, Said	
	3.	Frey, Bernd	✓
	4.	<b><u>Fuhrmann, Gerd</u></b>	✓
	5.	Groß, Michael	✓
	6.	Herzog, Gustav	✓
	7.	Manz-Knoll, Claudia	✓
	8.	Mayer, Christa	✓
	9.	Rauschkolb, Jaqueline	✓
	10.	Stumpf Christoph	✓
	11.	Werner, Tristan	✓
CDU	12.	Dr. Landfried, Karl	✓
	13.	Dr. Muchow, Marc	✓
	14.	Hartmüller, Dieter	✓
	15.	Hartmüller, Klaus	✓
	16.	Huth-Haage, Simone	✓
	17.	<b><u>Jacob, Rudolf</u></b>	ent.
	18.	Rhein, Gunther	✓
	19.	Schückler, Helmut	✓
FWG	20.	Storck, Inga	✓
	21.	<b><u>Antweiler, Steffen</u></b>	✓
	22.	Boffo, Manfred	✓
	23.	Funck, Peter	✓
	24.	Groth, Alexander	✓

	25.	Hartelt, Eberhard	✓
	26.	Koch, Gernot	✓
<b>FDP</b>	27.	<b><u>Ritzmann, Christian</u></b>	✓
	28.	Vettermann, Michael	✓
<b>GRÜNE</b>	29.	Beck, Rita	✓
	30.	Dr. Groskurt, Ernst	✓
	31.	Gelbert, Hanna	✓
	32.	Grünwald, Ursula	✓
	33.	<b><u>Stuppy, Lisett</u></b>	✓
<b>AfD</b>	34.	Adam, Tobias	✓
	35.	Baade, Stefan	✓
	36.	<b><u>Kellermann, Hans</u></b>	✓
<b>LINKE</b>	37.	Schmidt, Helmut	ent.
<b>Freie Liste Nordpfalz</b>	38.	Hammerle, Winfried	✓
		<b>Kreisbeigeordnete</b>	
	1.	Erfurt, Wolfgang	✓
	2.	Huy, Ernst-Ludwig	✓
	3.	Prof. Dr. Sabbagh, Jamill	✓